

Beschlüsse

Bezirksparteitag

24./25. Mai 2013, Gießen

SPD Bezirk Hessen-Süd

Herausgeber: SPD-Bezirk Hessen-Süd

Textverarbeitung: SPD-Bezirk Hessen-Süd

Druck: SPD-Hausdruckerei

Frankfurt am Main, Mai 2013

Antragsgruppe A Organisation – Parteien - Verbände

A 1

Rechenschaftspflicht der Bundestags- und Landtagsabgeordneten

Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert im Vorfeld der anstehenden Landesparteitage den Landesparteitagsdelegierten gegenüber Rechenschaft abzulegen, inwieweit die hessischen Bundestagsabgeordneten und Landtagsabgeordneten seit 2009 ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Gliederungen der Partei nachgekommen sind.

Den Delegierten muss VOR den nächsten Listenaufstellungen ermöglicht werden, nachvollziehen zu können, ob die hauptamtlichen Mandatsträger der Hessen-SPD ihre Beiträge ordentlich abführen. Dies umfasst insbesondere Zahlungen

- a) zur Mitgliedschaft in der SPD.
- b) zur Mandatsträgerabgabe.
- c) zu den Sonderabgaben für den Landesverband zum Stichtag des Parteitags.

A 2

Unvereinbarkeit mit der Deutschen Burschenschaft

Wir fordern den Parteivorstand der SPD auf, eine Mitgliedschaft in einer Burschenschaft, die dem Verband der „Deutschen Burschenschaft“ angehört, mit einer SPD-Mitgliedschaft für unvereinbar zu erklären.

A 3

Verbindliche Urwahl der/des Kanzlerkandidaten/in

Der Kanzlerkandidat oder die Kanzlerkandidatin der SPD muss durch einen Mitgliederentscheid bestimmt werden, soweit es mehr als eine Kandidatin / einen Kandidaten gibt.

A 6

Veranstaltungskonzept

Der Bezirksvorstand Hessen-Süd setzt sich dafür ein, dass bei Parteiveranstaltungen auf Landes-, Bezirks- und Unterbezirksebene sichergestellt ist, dass Menschen mit Behinderung die Teilnahme an diesen Veranstaltungen ermöglicht wird. Hierzu erstellt er eine Checkliste.

A 7

Barrierefreie Internetseiten

Der Bezirksparteitag Hessen-Süd fordert den SPD-Bezirksvorstand Hessen-Süd und den SPD Landesverband Hessen auf, dass die Homepage der Partei in Hessen mit Videos und Sprachbegleitung (barrierefrei) ausgestaltet wird, damit Menschen mit Behinderungen die auf der Homepage dargestellten Inhalte selbstständig wahrnehmen können.

A 9

Lebenslanges Lernen: Medienkompetenz

Der Bezirksvorstand Hessen-Süd und der Bundesvorstand der SPD werden beauftragt im Rahmen der von uns unterstützten Forderungen für ein Lebenslange Lernen Konzepte, Veranstaltungen und Materialien zu entwickeln, die uns bei der Umsetzung von Medienkompetenz und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in die Lage versetzen, effektiv und erfolgreich zu werden.

A 10

Politische Teilhabe der älteren Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen

Wir fordern im Zuge der Umsetzung von sozialer Inklusion die Parteispitze, den Landesverband sowie alle Gliederungen der SPD auf, dafür Sorge zu tragen, dass die politische Teilhabe der älteren Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen stärker berücksichtigt wird.

Antragsgruppe B

Wirtschaft – Finanzen – Verkehr – Energie – Umwelt - Landwirtschaft

B 1

Gerechtigkeit statt Steuerhinterziehung

Mit der Veröffentlichung des Internationalen Konsortiums für investigative Journalisten über die Transaktionen mit sogenannten "Steuroasen" ist ein Teil der Fakten über systematische Steuerhinterziehung auf dem Tisch. Jetzt müssen endlich die Konsequenzen gezogen werden.

Während sich jeder Normalverdiener seiner gesellschaftlichen Verantwortung stellt und mit seinen Steuern dazu beiträgt, dass Gemeinschaft funktioniert, dass Bildung, Gesundheit und Sicherheit für alle finanziert werden, stiehlt sich eine größere Gruppe von Gutverdienenden aus der Verantwortung, die selbst jahrelang von der Infrastruktur und der Stabilität der Bundesrepublik profitiert haben und hier ihren Reichtum mehren konnten.

Alleine in der Schweiz liegen laut der Beratungsgesellschaft KPMG und dem Genfer Forschungsinstitut Helvea 800 Milliarden Franken Schwarzgeld das aus EU-Ländern stammt, davon soll rund ein Drittel aus Deutschland kommen. Jeder deutsche Steuerzahler zahlt wegen dieser Steuerhinterziehung jedes Jahr mindestens 500-1000 Euro Steuern mehr als er müsste, um öffentliche Daseinsvorsorge zu finanzieren. Diesen Zustand zu beenden, ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Steuerbetrug ist eine Straftat, die das Vertrauen in den Rechtsstaat untergräbt.

Die SPD Hessen-Süd begrüßt deshalb den 8-Punkte-Plan des Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück zur Bekämpfung der Steuerflucht und Steuerverkürzung.

Schaffung vollständiger Transparenz

Die Anonymität der in den Steuroasen geparkten Vermögen muss durch die Einführung eines automatischen Informationsaustausches über die Vermögen und Erträge der ausländischen Bürgerinnen und Bürger durchbrochen werden. Notfalls mit Hilfe von Strafsteuern auf alle deutschen Erträge für unkooperative Unternehmen.

Wir wollen dass Briefkastenfirmen und Stiftungen, deren wirtschaftlich Berechtigte anonym bleiben, international verboten werden.

Erneuerte Schwarze Listen für Steuroasen

Es muss mehr Druck auf Steuroasen ausgeübt werden. Dazu müssen – mindestens europaweit, besser aber weltweit – die Länder auf schwarze Listen gesetzt werden, die ihre Verpflichtungen zum Informationsaustausch nicht einhalten oder die zu keinem automatischen Informationsaustausch bereit sind. Es ist zu prüfen, ob Strafsteuern auf alle Finanztransaktionen in diese Länder als Druckmittel eingesetzt werden können.

Härtere Strafen

Alle in Deutschland tätigen Finanzinstitute müssen sich verpflichten, keine Bankprodukte und -dienstleistungen anzubieten, mit denen ihre Kunden Steuern hinterziehen können. Darüber hinaus müssen Finanzinstitute deutlich zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie nachweislich Beihilfe zum Steuerbetrug leisten oder die Kooperation mit den Steuerbehörden verweigern. Das reicht von Strafzahlungen bis zum Entzug der Banklizenz.

Die Verjährungsfristen von Steuerrechtsverstößen sollen künftig zumindest die Laufzeit verdächtiger Finanzkonstrukte abdecken und nicht mehr nach zehn Jahren auto-

matisch auslaufen.

Fahndungsdruck erhöhen

Um die Finanzbehörden bei der Aufdeckung und Verhinderung von Steuerstraftaten zu unterstützen, muss in Deutschland eine bundesweite Steuerfahndung aufgebaut werden, die für die Ermittlungen in Fällen grenzüberschreitender Steuerkriminalität von erheblicher bzw. grundsätzlicher Bedeutung zuständig ist.

Verschärfung des deutschen Steuerrechts

Schlupflöcher im deutschen Steuerrecht, die Spielräume für steuerliche Vermeidungsstrategien eröffnen, müssen geschlossen werden. So muss etwa im Außensteuergesetz eine unmittelbare Hinzurechnung der Einkünfte ausländischer Stiftungen zu den deutschen Begünstigten erreicht werden.

Keine lückenhaften Steuerabkommen mehr zulassen

Wir wollen, dass es künftig keine Steuerbegünstigungen und -befreiungen aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen mit Steueroasen gibt. Bereits bestehende Doppelbesteuerungsabkommen mit Steueroasen müssen neu verhandelt und gegebenenfalls ausgesetzt werden. Das gilt insbesondere für das Abkommen mit der Schweiz.

Gewinnverlagerung in Steueroasen bekämpfen

Häufig verlagern internationale Konzerne über trickreiche Finanzierungsgeschäfte und Lizenzvereinbarungen mit Tochterunternehmen Gewinne in Steueroasen und vermeiden auf diese Weise Steuerzahlungen. Die Praktiken der internationalen Konzerne sind oftmals formal legal, aber sie stehen im Widerspruch zur Intention der Steuergesetze. Deshalb müssen mindestens die bereits bestehenden Empfehlungen von OECD und Europäischer Kommission zur Bekämpfung aggressiver Steuerplanung internationaler Konzerne umgehend in nationales Recht umgesetzt werden.

Steuerdumping in Europa verhindern

Der schädliche Steuerwettbewerb in Europa muss beendet werden. Mindestens für den Euroraum ist eine gemeinsame Bemessungsgrundlage und die Vereinbarung von Mindeststeuersätzen bei der Körperschaftsteuer notwendig.

B 9

MINIJOBS: NIEDRIGLOHNFALLE UND RENTENRISIKO FÜR FRAUEN

Die SPD Hessen-Süd sieht in den sog. Minijobs eine zentrale Niedriglohnfalle und ein Rentenrisiko insbesondere für Frauen. Daher fordert die SPD Hessen-Süd den SPD Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion auf sich der Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes anzuschließen und die Abschaffung der Minijobs zu fordern und diese Forderung umzusetzen.

B 10

Keine unternehmenseigene Leih- und Zeitarbeitsfirmen. Wer Bedarf hat, muss einstellen!

Die BT-Fraktion der SPD wird gebeten sich für folgende politische Ziele einzusetzen:

(1) Unternehmen und Kommunen dürfen sich nicht mehr an Leih- und Zeitarbeitsfirmen in jeglicher Art beteiligen dürfen.

- (2) Leih- und Zeitarbeitsfirmen dürfen keine Exklusivrechte an Unternehmen vergeben.
- (3) Unternehmen und Kommunen dürfen ihre MitarbeiterInnen (inkl. Azubis, die auslernen) nicht an Leih- und Zeitarbeitsfirmen auslagern und wieder einstellen (1 Jahr Frist).
- (4) Betriebsräte und Personalräte dürfen bei Einstellung von Leih- und Zeitarbeit ablehnen, wenn keine „Spitzenabdeckung“ benötigt wird.
- (5) Der Anteil von Leih- und ZeitarbeiterInnen darf in einer Belegschaft 15% nicht überschreiten.

B 12

Gesetzliche Mindestvergütung für Auszubildende

Die BT-Fraktion der SPD wird gebeten sich dafür einzusetzen, die Forderung nach

- (1) einem gesetzlichen Mindestlohn wird um die Komponente „Mindestvergütung für Auszubildende“ erweitert und es wird darauf hingewirkt, die gesetzliche Mindestausbildungsvergütung durchzusetzen.

Die Höhe dieser Mindestvergütung wird wie folgt festgesetzt:

EUR 600,00 Brutto im 1. Lehrjahr
EUR 625,00 Brutto im 2. Lehrjahr
EUR 650,00 Brutto im 3. Lehrjahr
EUR 675,00 Brutto im 4. Lehrjahr

- (2) Die Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung wird ebenfalls in der Mindestlohnkommission jedes Jahr mitverhandelt.

B 15

SPD gegen Privatisierung der Wasserversorgung

Die SPD-Bundestagsfraktion wird gebeten, die Bundesregierung und die Europaabgeordneten aufzufordern, sich auf EU Ebene dafür einzusetzen, dass die Wasserversorgung aus der Konzessionsrichtlinie vollständig herausgenommen wird.

Die SPD unterstützt auf allen Ebenen die Europäische Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“ und ruft ihre Mitglieder und Sympathisanten/ Sympathisantinnen zum Unterzeichnen auf.

Die SPD-Bundestagsfraktion und die Europaabgeordneten werden aufgefordert diese Position in den Parlamenten zu unterstützen.

C 5

Keine Ökonomisierung der Patienten im Gesundheitswesen

Patienten dürfen nicht Gegenstand eines Ökonomisierungsprozess im Gesundheitswesen werden. Die Honorare der Ärzte und der Krankenhäuser müssen künftig so gestaltet werden, dass den Medizinern kein Anreiz mehr gegeben wird, um über die Behandlung der Patienten die eigenen Einnahmen zu verbessern.

C 11

Ein Armutszeugnis für die Schwarz-Gelbe Bundesregierung

Mit dem vorliegenden und umstrittenen 4. Armuts- und Reichstumsbericht der Bundesregierung stellt diese sich und ihrer Arbeit unwillentlich ein Armutszeugnis sondergleichen aus. Selbst eine durch die Ministerien bearbeitete und geschönte Fassung vermag nicht über die grundsätzliche Entwicklung hinwegzutäuschen, dass die Ungleichheit in der Gesellschaft zunimmt. Die Hälfte der Menschen in Deutschland verfügt nur über rund 1% des gesamten Nettovermögens - nur ein Bruchteil gegenüber 4% von 1998. Das reichste Zehntel verfügt jedoch über mehr als 53% des gesamten Nettovermögens, und bereichert sich zunehmend. Während die Reichen immer reicher werden, sehen sich immer mehr Menschen von Armut bedroht - in manchen Bundesländern mehr als 20%. Und damit ist zunächst nur das rein materielle Armutsrisiko erfasst. Ein Blick auf Ungleichheit in Bildung, Gesundheitswesen, Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe macht deutlich: wir müssen umdenken.

Für uns ist klar, dass auch Maßnahmen der Agenda 2010 überprüft und vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen korrigiert werden müssen. Wir stehen zu den Erfolgen sozialdemokratischer Politik, sowie auch zu deren Fehlern. Wir wollen auf der Grundlage dieser Erfahrung mit der Sozialdemokratischen Partei in Regierungsverantwortung für mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft kämpfen.

Wir verurteilen scharf den Versuch, kritische Fakten aus dem Bericht zu streichen oder zu umschreiben. Armut, Ungleichheit und Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft kann man nicht mit dem Rotstift bekämpfen, nicht mit Zensur, nicht indem man Definitionen verändert oder die Augen davor verschließt. Wir verlangen stattdessen eine konsequente soziale Politik, die auf Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Umverteilung setzt.

Wir fordern für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung:

Erstellung durch eine unabhängige Kommission unter Mitwirkung von Experten, Vertretern der Sozialverbände und Gewerkschaften.

Vollumfängliche Erhebung auch individuellen Besitzes.

Darstellung des tatsächlichen Ausmaßes bestehender Armut.

Erarbeitung einer für Deutschland gültigen, objektiven Definition von Armut anhand des Einkommens, des Vermögens und der Lebensunterhaltskosten eines Haushaltes

Antragsgruppe D Bildungspolitik

D 1

Angemessene Vergütung für Medizin-Studierende im Praktischen Jahr

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt für eine bundesweit einheitliche, angemessene Vergütung einheitliche, angemessene Vergütung und eine Aufhebung der Begrenzung auf 590 Euro für Medizin-Studierende, die sich im Praktischen Jahr befinden, ein.

D 2

Abschaffung des qualifizierenden Realschulabschlusses

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, eine Initiative zu ergreifen, die zur Abschaffung des qualifizierenden Realschulabschlusses in Hessen führt.

D 3

Plurale Ökonomie

Der offene Brief des Netzwerks Plurale Ökonomie wird unterstützt und die SPD soll die Forderungen zum Gegenstand ihrer Regierungspolitik machen.

Anlage: Der offene Brief

Sehr geehrter Vorsitzender, liebe Mitglieder des Vereins für Socialpolitik
Wir, Studierende und Lehrende der Volkswirtschaftslehre an über 50 Hochschulen im deutschsprachigen Raum, wollen hiermit auf den alarmierenden Zustand unseres Faches aufmerksam machen und konstruktiv an der Neugestaltung der Volkswirtschaftslehre mitwirken.

Jahrzehntelanger Glaube an die selbstregulierenden Kräfte des Marktes, der vorherrschende Modellplatonismus, mangelnde Selbstreflexion und fehlende Methoden- und Theorienvielfalt haben nicht nur unser Fach in eine Sackgasse geführt: die Einseitigkeit ökonomischen Denkens trägt auch zur anhaltenden Wirtschaftskrise und der damit einhergehenden Perspektivlosigkeit bei.

ÖkonomInnen haben im öffentlichen Diskurs großen Einfluss: Sie schalten sich durch zahlreiche Forschungs- und Beratungsinstitute sowie den Sachverständigenrat in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse ein. Als oft zitierte ExpertInnen tragen sie so die Einseitigkeit des derzeitigen ökonomischen Denkens in die Gesellschaft. Dabei haben wir als ÖkonomInnen eine große gesellschaftliche Verantwortung. Dieser können wir nur gerecht werden, wenn wir die Volkswirtschaftslehre erneuern, indem wir einen pluralistischen Blick auf wirtschaftliche Probleme entwickeln.

Wir rufen alle Lehrenden und Studierenden auf, an der Neugestaltung unseres Faches mitzuwirken und in Forschung und Lehre folgende Grundsätze zu berücksichtigen.

Grundsätze zur Neugestaltung der Volkswirtschaftslehre

1. Theorienvielfalt statt geistiger Monokultur

Der Schwerpunkt der derzeitigen Lehre und Forschung liegt auf Varianten neoklassischer Grundmodelle. Für Forschung und Lehre jenseits dieser Spielarten ist an deutschen Hochschulen zu wenig Platz. Diese „geistige Monokultur“ schränkt die ökonomische Analyse ein und macht sie fehleranfällig. Wir fordern ein kritisches Miteinander unterschiedlicher Theorien. Die Volkswirtschaftslehre ist eine Sozialwissenschaft und muss – wie andere Sozialwissenschaften auch – vielfältige theoretische Ansätze beherbergen. Vielversprechende, aber derzeit weitestgehend vernachlässigte Ansätze sind beispielsweise: Alte Institutionenökonomik, Evolutorische Ökonomik, Feministische Ökonomik, Glücksforschung, Marxistische Ökonomik, Ökologische Ökonomik, Postkeynesianismus und Postwachstumsökonomik.

2. Methodenvielfalt statt angewandter Mathematik

Die Mathematisierung der Ökonomik hat dazu geführt, dass die Lehre zur angewandten Mathematik verkommen ist. Die Mathematik darf für ÖkonomInnen nur ein Mittel und niemals ein Selbstzweck sein. Sie soll Teil eines bunten Fächers an Methoden in Forschung und Lehre der Ökonomik sein. Für die Forschung bedeutet dies unter anderem inter- und transdisziplinäre Fallstudien, Theorienvergleiche, Interviews, Fragebögen, teilnehmende Beobachtung, Simulationsmodelle und Diskursanalyse. Die Lehrmethoden müssen beispielsweise durch plurale Lehrbücher, Kleingruppenarbeit, Projektseminare, inter- und transdisziplinäre Veranstaltungen, Fallstudien sowie das Studium von Primärtexten erweitert werden.

3. Selbstreflexion statt unhinterfragter, normativer Annahmen

Zu oft werdend die grundlegenden Annahmen der Volkswirtschaftslehre weder explizit dargelegt noch hinterfragt. Dabei sind diese Annahmen oft nicht nur deskriptiver, sondern auch normativer Natur. Letztendlich wohnen jeder volkswirtschaftlichen Analyse gewisse Werturteile inne. Ihre Reflexion ist ein notwendiger Teil wissenschaftlichen Arbeitens. Besonders die Mathematisierung der Ökonomik führt zu einer Verschleierung der Werturteile und so zu einer vermeintlichen Rationalisierung politischer Programme. Trotz aller Versuche sie durch Mathematik als solche zu definieren, ist die Volkswirtschaftslehre keine Naturwissenschaft.

Des Weiteren müssen Studierende der VWL stärker für die historischen und kulturellen Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns sensibilisiert werden. Nur wer sich der Komplexität der Realität bewusst ist, kann wissenschaftliche Modelle richtig anwenden. Nur so besteht keine Gefahr, Modelle mit der Realität zu verwechseln. Hierfür müssen alle ÖkonomInnen die Geschichte ihres Faches und die wissenschaftstheoretischen Grundlagen kennen. Lehrveranstaltungen über die Geschichte des ökonomischen Denkens und Wissenschaftstheorie müssen daher Teil des Curriculums sein. Als größte Vereinigung von WirtschaftswissenschaftlerInnen im deutschsprachigen Raum sehen wir Sie in der Pflicht, unsere Kritik ernst zu nehmen und gemeinsam mit uns folgende Forderungen umzusetzen.

Forderungen

1. Theorienvielfalt in Forschung und Lehre
2. Methodenvielfalt in Forschung und Lehre
3. Erweiterung des Curriculums um Lehrveranstaltungen zur Geschichte des ökonomischen Denkens, Wissenschaftstheorie und interdisziplinäre Veranstaltungen
4. Integration pluraler Lehrbücher in das Studium
5. Abkehr von Thomson Reuters Impact Factor als alleinigem Maßstab für gute Forschung
6. Besetzung von mindestens 20% der Lehrstühle mit heterodoxen ÖkonomInnen

Um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, werden wir für Transparenz sorgen. Auf der Homepage www.plurale-oekonomik.de dokumentieren wir, inwieweit die Organisation des Studiums an unseren Universitäten den gestellten Forderungen Rechnung trägt. Hochachtungsvoll, besorgte Studierende und Lehrende der Volkswirtschaftslehre

Antragsgruppe E Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik

E 5

Einführung eines Transparenzgesetzes in Hessen

Die SPD Hessen-Süd möge sich für ein Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild einsetzen. Dieses sieht vor, dass Regierungsbeschlüsse und Verträge ab 100.000 Euro öffentlich zugänglich gemacht werden müssen. Dies beinhaltet in öffentlicher Sitzung gefasste Beschlüsse, Haushaltspläne, von dem Land in Auftrag gegebene Gutachten oder Subventionsvergaben sowie Unternehmensdaten mit Landesbeteiligungen einschließlich der jährlichen Vergütungen für die Leitungsebene. Geschützt bleiben Personendaten sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse.

E 6

Änderung der Wahlgesetze zugunsten einer Bestimmung der Kandidaten/innen durch Urwahl aller Parteimitglieder

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass das Bundeswahlgesetz, das Landtagswahlgesetz und das Kommunalwahlgesetz in der Weise geändert werden, dass die Aufstellung von Wahlbewerbern für Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahlen sowie für die Wahlen der Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte in einer Urwahl aller Parteimitglieder unter Einschluss von Briefwahl erfolgen kann.

E 7

Zur Abschaffung der Winterzeit – keine Zeitumstellung

Der Bezirksparteitag Hessen-Süd fordert den Bezirk Hessen-Süd sowie alle politischen Gremien der SPD dazu auf, sich für die Abschaffung der Winterzeit d.h. für den Wegfall der Zeitumstellungen im März und Oktober einzusetzen. Dazu ist auf die Verabschiedung einer EU-Richtlinie hinzuwirken, welche die in der Richtlinie 2000/84/EG getroffenen Regelungen außer Kraft setzt.

E 8

Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle gegen polizeiliches Fehlverhalten

Die SPD Hessen-Süd möge beschließen, eine zentrale, unabhängige Instanz zur Untersuchung von polizeilichem Fehlverhalten einzurichten. Die von der Innenbehörde und der Justiz unabhängige Beschwerdestelle soll Beschwerden über polizeiliches Fehlverhalten, wie unangemessene Gewalt oder rassistische Vorkommnisse auf-

nehmen und untersuchen. Die unabhängige Beschwerdestelle nimmt sowohl polizeiinterne, als auch polizeiexterne Beschwerden entgegen. Der Leiter der Beschwerdestelle ist vom hessischen Landtag zu wählen und diesem zur Rechenschaft verpflichtet. Die Beschwerdestelle ist mit hinreichenden Befugnissen wie z.B. Akteneinsicht ausgestattet, arbeitet gemäß eines öffentlich einsehbaren Verfahrens und veröffentlicht die Untersuchungsergebnisse in jedem einzelnen Fall, ggf. anonymisiert.

Antragsgruppe L Landespolitik

L 1

Stillstand auf hohem Niveau

Hessen ist nach wie vor eine der wirtschaftsstärksten Regionen Europas, mit deutlichem Entwicklungspotential. Diese Stärke hat mit der hessischen Landespolitik wenig zu tun. Im Gegenteil, dort wo Landespolitik notwendig wäre, herrscht Fehlanzeige.

So ist es bisher noch immer nicht gelungen, die Entwicklung der Rhein-Main-Region durch eine zukunftsfähige Organisation zu stärken oder dem beginnenden Fachkräftemangel durch ausreichende Qualifizierungsanstrengungen entgegenzuwirken. Das Ergebnis ist offensichtlich: In der Wirtschaftsentwicklung wurde Hessen in den letzten Jahren selbst von Bundesländern wie Rheinland-Pfalz übertroffen. Es herrscht Stillstand auf hohem Niveau.

Auch im Kernbereich von Landespolitik, der Bildung, sind die Defizite offensichtlich.

Im Hochschulbereich ist es die Unterfinanzierung. Gegenüber einer steigenden Zahl von Studierenden fehlt es an Räumen und Professoren. Bei den Ausgaben pro Studierenden liegt Hessen eher im unteren Bereich der Bundesländer.

Im Schulbereich sind es nicht nur finanzielle Engpässe, sondern auch strukturelle Mängel. So ist Hessen das Bundesland mit den geringsten Aufstiegschancen für Schüler. Für jeden Schüler, der in eine anspruchsvollere Bildungslaufbahn aufsteigt, steigen neun ab. Die verkorkste Einführung einer achtjährigen Gymnasialzeit (G8) hat diese Tendenz verschärft und die Belastungen der Schülerinnen und Schüler massiv erhöht. Gleichzeitig fehlen immer noch Lehrkräfte für die Kompensation von Ausfällen und die Inklusion behinderter Kinder in die Regelschulen.

Die Aufzählung lässt sich für viele Politikbereiche fortsetzen, von der ausgehungerten Landessozialpolitik über die Energiepolitik, bei der nach großen Ankündigungen immer noch die Taten fehlen bis zur unbeachteten Wohnungsnot in den großen Städten. Hinzu kommt eine Ausplünderung der Kommunen durch Mittelstreichung und die Verlagerung von Ausgaben ohne ausreichende Finanzierung.

Hinzu kommt eine Vielzahl von Skandalen, die zu bereits drei Untersuchungsausschüssen geführt haben. Ob die Entlassung von erfolgreichen Steuerfahndern mit Hilfe falscher psychiatrischer Gutachten, die illegale Besetzung einer Polizeipräsidentenstelle oder die eigenwillige Finanzierung einer privaten Hochschule, immer wird deutlich, dass Mitglieder der Landesregierung Staat und Partei nicht auseinanderhalten können.

Diese Landesregierung gehört abgelöst. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass mit Thorsten Schäfer-Gümbel wieder ein sozialdemokratischer Ministerpräsident in Hessen regiert.

Unsere Maßstäbe: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität

Unsere Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bilden die Leitlinien für unsere tägliche Arbeit. Gerade weil sich heutzutage manche Dinge schnell verändern, braucht es solche Maßstäbe, um gute Entscheidungen treffen zu können. Wie konkret unsere Grundwerte unser Handeln bestimmen, zeigen drei kurze Beispiele:

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass Freiheit häufig materielle Absicherung braucht. So hat jede Abiturientin und jeder Abiturient die Freiheit zu studieren, aber oft fehlt es an Geld. Deshalb sind wir für ein vernünftiges BAföG und gegen Studiengebühren.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass Gerechtigkeit immer wieder hergestellt werden muss. So verdienen Frauen bei gleicher Tätigkeit 22% weniger als Männer. Ähnliches gilt für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Hunderttausende Menschen arbeiten Vollzeit, aber können von ihren Löhnen nicht leben. Deshalb sind wir für gleiche Löhne bei gleicher Arbeit und für Mindestlöhne.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass Menschen in Not oft in ihrer Würde gekränkt werden. Deshalb setzt unser Grundwert Solidarität auf gleiche Augenhöhe. Es geht um soziale Rechte und nicht um demütige Bittstellerei.

Die Stärkung des Miteinanders und des Zusammenhalts ist der zentrale Unterschied zur derzeitigen Regierungspolitik. Wir sind davon überzeugt, dass die Überwindung der Ellenbogenmentalität am Ende allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommt.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der jede Bürgerin, jeder Bürger das Recht hat mitzureden, wenn es darum geht, wie unsere Zukunft gestaltet werden soll. Wir wollen wieder mehr Demokratie wagen und damit den Anspruch von Willy Brandt mit neuem Leben füllen.

Gute Bildung von Anfang an

Mit einer guten Bildungspolitik werden die Grundlagen für Chancengleichheit, für gute Arbeit und persönlichen Wohlstand gelegt. Ein gutes Bildungssystem gibt die Freiheit, den eigenen Lebensweg zu finden. Es dient der Gerechtigkeit, indem es gleiche Chancen herstellt.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund in die Verantwortung für gute Bildung einbezogen und das sog. Kooperationsverbot, wonach der Bund keine Bildungsaufgaben finanzieren darf, aufgehoben wird.

Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler die Freiheit haben sich immer wieder neu zu entscheiden, so wie es ihrer persönlichen Entwicklung entspricht. Wir lassen kein Kind zurück. So kann ein echter hessischer Schulfrieden entstehen, der Schulen und Eltern wirkliche Verlässlichkeit gibt.

Kinder sind wissbegierig und motiviert, wenn ihre Freude am Lernen geweckt, erhalten und gefördert wird. Wir wollen eine Schule, die das kann. Nicht die Kinder müssen der Schule angepasst werden, sondern die Schule muss der Unterschiedlichkeit der Kinder Rechnung tragen. Dazu wollen wir die Schulen befähigen.

Wir wollen für jedes Kind unter sechs Jahren den Rechtsanspruch auf individuelle ganztägige Förderung und Betreuung umsetzen, in Kindertagesstätten oder in der Kindertagespflege. Wir wollen die Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu Familienzentren, in denen neben der Betreuung, Erziehung und Bildung der Kinder auch Treffpunkte, Kommunikations- und Beratungsangebote für Eltern und Familienangehörige sowie für Menschen aller Altersgruppen im Stadtteil geboten werden. Wir

streben die allgemeine Gebührenfreiheit auch für alle Angebote der frühen Bildung an. Priorität hat für uns im ersten Schritt jedoch der Aufbau der Angebote.

Wir wollen Schulen ermöglichen, alle Kinder mitzunehmen und sie in ihrer Entwicklung zu fördern. Sitzenbleiben und Querversetzung sollen durch individuelle Fördermaßnahmen ersetzt werden. Jede Schule verpflichtet sich, ihre Schüler und Schülerinnen erfolgreich zu einem Abschluss zu führen.

Wir werden in Hessen den gescheiterten G8-Versuch beenden. Die Mittelstufe soll wieder auf sechs Jahre ausgelegt werden. Ob das Abitur nach zwölf, dreizehn oder vierzehn Schuljahren abgelegt wird, richtet sich nach der individuellen Entwicklung der Schülerinnen und Schüler.

Schule wird sich zum Leben im Stadtteil öffnen. Jedem Kind soll wohnortnah eine ganztägig arbeitende Schule angeboten werden, dabei haben Grundschulen beim Ausbau Priorität. Wir werden jährlich 100 echte Ganztagsgrundschulen in Hessen aufbauen.

Wir sind der Überzeugung, dass längeres gemeinsames Lernen aller Kinder und Jugendlichen bis zur Klasse 10 mehr Chancen und echte Spielräume für Kinder und Jugendliche eröffnet und wir wollen, dass Schulen erfolgreich inklusiv arbeiten können. Fortbildungsangebote für alle an Schule Beteiligten sind ebenso wichtig wie eine angemessene personelle und sachliche Ausstattung.

Wir halten am Ziel der Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung fest. Die duale Ausbildung hat viele Vorteile und ist für uns nach wie vor das Regelsystem der beruflichen Ausbildung. Produktionsschulen bieten eine gute Chance für benachteiligte Jugendliche. Wir streben daher grundsätzlich den Aufbau mindestens einer Produktionsschule pro Schulamtsbezirk an.

Gute Studienbedingungen

Für die SPD bleibt es auch in Zukunft dabei: Das Studium an hessischen Hochschulen bleibt gebührenfrei. Nur so kann der Zugang zu den Hochschulen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern für alle offen gehalten werden. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für gleiche Bildungschancen.

Eine SPD-geführte Regierung wird auch die Durchlässigkeit im Bildungssystem verbessern. So werden wir den Zugang zum Studium für Menschen ohne Abitur erleichtern. Qualifizierten Berufstätigen muss ein Studium leichter möglich sein.

Wir werden die Studentenwerke stärken. Sie sollen ihre vielfältigen Beratungsfunktionen sowie die Schaffung studentischen Wohnraums und die Kinderbetreuung an den Hochschulen ausbauen können.

Steigende Studierendenzahlen in den nächsten fünf Jahren verlangen verlässliche Rahmenbedingungen. Zusätzliche Räumlichkeiten und ein stetiger Mittelanstieg sind für die Hochschulen nötig. Auch nach 2018 wird sich die Zahl der hessischen Studierenden auf hohem Niveau verstetigen. Unabhängig von zukünftig möglicherweise zurückgehenden Studierendenzahlen wollen wir das Finanzierungsniveau halten, um es für Qualitätsverbesserungen zu nutzen.

Wir werden die Finanzierung der Hochschulen fortentwickeln und den offensichtlichen Fehlentwicklungen gegensteuern. Dazu gehört, dass die Grundfinanzierung im Vergleich zur Leistungsfinanzierung gestärkt werden muss. Die höhere Verlässlichkeit der Finanzierung im Hochschulbau werden wir beibehalten und auf der Grundlage einer

landesweiten Hochschulentwicklungsplanung fortschreiben. Die Forschungs- und Exzellenzförderung werden wir fortentwickeln und stärker an Programmschwerpunkten wie z. B. der Gesundheits-, Mobilitäts-, Energie- und Sozial- sowie Bildungsforschung ausrichten.

Wir werden die bei der Umsetzung von Bologna gemachten Fehler korrigieren und die von den Studierenden und Gewerkschaften initiierten „Bologna-Werkstätten“ fortsetzen. Die Ergebnisse wollen wir in Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe zwischen den Hochschulgremien und der Landesregierung weiterentwickeln.

Neben dem Zugang zur Hochschule auch ohne Abitur und dem Recht auf Zugang zum Masterstudiengang wollen wir die Modularisierung der Studienangebote so überarbeiten, dass mehr Zeit für „forschendes Lernen“ möglich wird, sowie die starren Beschränkungen der Studienzeiten aufheben.

Für die SPD sind Forschung und Lehre gleich viel wert. Sie sind stärker als bisher zu verzahnen und als Einheit zu sehen. Das bedeutet, dass neben einer kontinuierlichen Verbesserung der Lehre an den Hochschulen auch die Forschung gestärkt werden muss.

Angesichts der Bedeutung der Hochschulen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes Hessen wollen wir einen Landeshochschulentwicklungsplan erstellen, in dem wir die wesentlichen Entwicklungslinien der hessischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den einzelnen Regionen sowie den Standorten beschrieben werden. Dieser Plan wird auch ein Konzept zum räumlichen Ausbau beinhalten.

Wir wollen die demokratische und soziale Hochschule. Wir werden die demokratisch legitimierten Gremien der Hochschulen stärken und die Verantwortung innerhalb der Hochschule neu verteilen. Den Hochschulrat werden wir auf eine rein beratende Funktion zurückführen. Wir bleiben bei der Unterstützung der Verfassten Studierendenschaft. Eine Koppelung von Wahlbeteiligung und der Finanzierung der Verfassten Studierendenschaft lehnen wir ab.

Auch im Hochschulbereich hat das öffentliche System für uns Priorität. Private Einrichtungen können eine sinnvolle Ergänzung sein. Die staatliche Finanzierung des Ausbaus von Einrichtungen, die keine Innovation gegenüber öffentlichen Angeboten bieten, halten wir nicht für sinnvoll. Dies gilt insbesondere für die Law-School der EBS.

Wir werden eine nachhaltige Vernetzung von Hochschulen mit regionalen Institutionen und Akteuren fördern, Forschung und Entwicklung gemeinsam betreiben, Ausgründungen und Kooperationen unterstützen, um gerade die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit vieler kleiner und mittlerer Unternehmen und die regionale Wertschöpfung zu stärken.

Gute Arbeit in einer erfolgreichen Wirtschaft

Eine starke industrielle Basis, ein leistungsfähiger Mittelstand, gute und gerechte Arbeit und ein handlungsfähiger Staat bilden dabei die Grundlage für unser erfolgreiches Wirtschafts- und Sozialsystem. Wir wollen nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereint. Gerade in Zeiten wie diesen steht keine andere Partei so eindeutig für die Soziale Marktwirtschaft wie die SPD. Doch ist sie für uns kein Selbstzweck, sondern sie muss der Gesellschaft dienen. Unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung gehören untrennbar zusammen. Zum wirtschaftlichen Wandel gehört für uns Sicherheit für die Beschäftigten.

Wir brauchen andere Wettbewerbsfaktoren. Der Betrieb mit den besten Ideen, der qualifiziertesten Belegschaft und der innovativsten Unternehmensleitung muss wieder die Möglichkeit erhalten, bei der Auftragsvergabe die Nase vorn zu haben. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sehen sich in einer besonderen Verantwortung für ihre Beschäftigten aber auch für die Region, in der sie ansässig sind. Ihre Existenz ist für das Wohl eines Landes unverzichtbar. Sie müssen in die Lage versetzt werden wieder ihre Stärken unter Beweis zu stellen.

Wir wollen eine Überprüfung und Neuordnung der Schwerpunktsetzung der Wirtschaftsförderung. Hessen braucht ein europarechtskonformes Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz, das auch für unsere heimischen Unternehmen faire Wettbewerbsbedingungen schafft und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Lohndumping schützt.

Wir wollen durch ein neues Planungsrecht mehr Beteiligung, Transparenz und Beschleunigung bei der Umsetzung von Großprojekten und Infrastrukturmaßnahmen erreichen. Wir wollen öffentliche Beteiligung so früh, wie nur möglich. Dadurch und durch eine bessere Personalausstattung der planenden Behörden wollen wir eine Beschleunigung erreichen. Das gesamte Verfahren von Planung bis Durchführung muss transparent und nachvollziehbar sein. Die zügige Umsetzung der Energie- und Verkehrswende ist nur durch Beteiligung und Beschleunigung zu erreichen.

Der Finanzplatz Frankfurt ist über die Stadt und Region hinaus ein wichtiger Teil der hessischen Wirtschaft. Um ihn zu stärken, seine Arbeitsplätze zu erhalten und zukunftssicher zu machen, wollen wir stärkere Regeln für die Finanzmärkte im Bundesrat durchsetzen. Wir wollen über die Börsenaufsicht des Landes eine Stärkung des Handels an der Börse und eine Zurückdrängung des außerbörslichen Handels und damit eine stabilere und transparentere Finanzwirtschaft erreichen.

Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, ist die wichtigste Ursache von Armut, aber auch von Krankheit und sozialer Exklusion. Arbeit ist mehr als Einkommenserwerb. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird sich dieser Verantwortung stellen. Jeder Langzeitarbeitslose soll die Hilfen bekommen, die erforderlich sind, um Teilhabe an Arbeit, Einkommen und sozialer Teilhabe zu ermöglichen. Dazu wollen wir eine regionale Arbeitsmarktpolitik und die Möglichkeiten kommunalwirtschaftlichen Handelns stärken. Die Instrumente der lokalen Akteure müssen ausgebaut werden.

Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main ist die Metropolregion, die Hessen durch ihre wirtschaftlich und gesellschaftliche Dynamik prägt. Allerdings verfügt die Metropolregion nach wie vor über keinen ausreichenden organisatorischen Rahmen, daran hat auch das von der CDU-FDP-Regierung in 2011 verabschiedete Metropolgesetz nichts geändert.

Wir Sozialdemokraten fordern daher die Neuordnung der Rhein-Main-Region. Dabei geht es weniger um organisatorische und räumliche Zuschnitte, sondern darum einen Prozess zu organisieren, der die Zusammenarbeit in der Region stärkt. Mit der Rücknahme des Regionalkreiskonzepts hat die SPD den Weg für eine tragfähige Konsenslösung frei gemacht.

Neue Energie für Hessen

Die Energiewende wird zu einem zweiten Wirtschaftswunder in Deutschland – wenn jetzt die Weichen richtiggestellt werden. Wir sehen im vollständigen Umstieg auf eine Versorgung aus Erneuerbarer Energie und der gleichzeitigen Steigerung der Energieeffizienz eine große wirtschaftliche Chance für Hessen, die wir aktiv gestalten wollen.

Bis spätestens 2050 wollen wir unser Bundesland im Strom- und Wärmebereich zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien versorgen.

Aber auch auf dem Weg zur vollständig vollzogenen Energiewende hin zu Erneuerbaren Energien muss Energie selbstverständlich bezahlbar bleiben. Das gilt sowohl für die Industrie als auch für alle privaten Haushalte. Entlastungen für die Industrie dürfen aber nicht auf die privaten Haushalte umgelegt werden. Ebenso sollten die Belastungen für Mieterinnen und Mieter bei energetischen Haus- und Wohnungsanierungen die eingesparten Energiekosten nicht überschreiten.

Wir werden die kommunale Selbstverwaltung stärken. Kommunen benötigen Handlungsspielräume, um die Energiewende mit maßgeschneiderten Konzepten für die Belange vor Ort gestalten zu können. Dazu werden wir die rechtliche Grundlage für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen in den Bereichen Erzeugung, Netz und Vertrieb schaffen. Gleichzeitig geben wir den Kommunen das Satzungsrecht, um Energie- und Solarsatzungen zu erlassen.

Die Energiewende bietet die Chance zur Demokratisierung der Energieversorgung. Die Bürgerinnen und Bürger sollen auf allen Stufen beteiligt werden - durch eine frühzeitige Einbeziehung, durch Informationen im Vorfeld, durch Beteiligung am Ausbau und Betrieb der Erneuerbaren Energien vor Ort sowie an den finanziellen Gewinnen. Bei allen Formen der dezentralen Energieerzeugungen unterstützen wir die Gründungen von Bürgerbeteiligungsgesellschaften oder Genossenschaften. Wir werden Beteiligungsformen für Bürgerinnen und Bürger so ausgestalten, dass sich diese bereits mit geringen Beträgen aktiv an der Energiewende beteiligen können.

Moderne Mobilität

Mobilität ist gerade in Hessen eine Zukunftsaufgabe, die mit mehreren Herausforderungen konfrontiert ist. Mobilität muss bezahlbar sein, sowohl für Privatpersonen als auch für Unternehmen. Mobilität muss nachhaltig sein, sie ist deshalb Teil der Energiewende. Mobilität darf nicht krank machen, deshalb ist u. a. Lärmschutz von elementarer Bedeutung. Mobilität braucht moderne Infrastruktur

Hessen ist das wichtigste Transitland Deutschlands und Europas. Der Sanierungsbedarf der Verkehrswege ist dramatisch hoch, die bisherigen Finanzierungsvolumen und -wege reichen nicht aus, um den Substanzverlust der Verkehrsinfrastruktur zu sichern. Hessen braucht mehr Mittel und ein größeres Gewicht in Berlin. Außerdem braucht Hessen ein integriertes Verkehrssystem. Unser Ziel ist Mobilität aus einem Guss, bei der sich die jeweiligen Verkehrsträger sinnvoll ergänzen. Hierbei soll das HOLM (House of Logistics and Mobility) eine wichtige Rolle spielen.

Die besonderen Herausforderungen der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik erfordern besondere Wege. Daher schlagen wir eine IBA "Moderne und gesundheitsverträgliche Mobilität" vor. Internationale Bauausstellungen haben in der Vergangenheit modellhafte Lösungen für Wohnungs- und Stadtentwicklungsfragen über ein Jahrzehnt entwickelt und umgesetzt. Wir wollen dieses Konzept für die Lösung der neuen Herausforderung bei der Vernetzung von Mobilität nutzen. Gerade im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main existieren enorme Gegensätze durch die Verkehrsdrehkreuze Frankfurter Flughafen, Schienenverkehr und Autobahnen. Vernetzung, Sicherheit, Lärmschutz, Infrastrukturverbesserung, Nachhaltigkeit und Bezahlbarkeit sind die sechs zentralen Themen einer IBA Mobilität.

Wir werden den Ausbau von Güterverkehrszentren und regionalen Logistikzentren fördern, um möglichst viele Güter auf andere Verkehrsträger wie Schiene und Wasser

zu lenken. Insbesondere ist hier ein Angebot für kleine und mittlere Unternehmen zu machen.

Der Verkehr in Hessen muss leiser werden. Wir werden uns für Lärmreduktion durch alle technisch möglichen Maßnahmen und Betriebsweisen in allen Verkehrsbereichen einsetzen, die den Lärm weitest möglich reduzieren. Maßnahmen zur Verringerung der sonstigen Emissionen von Verkehr (CO₂, Luftschadstoffe) werden wir unterstützen.

Lärm spielt als Gesundheitsrisiko eine bedeutende Rolle. Das gilt insbesondere für den Frankfurter Flughafen, die Bahnstrecke im Mittelrheintal und den LKW-Verkehr. Wir setzen uns dafür ein, dass Verursacher von Lärm für einen ausreichenden Lärmschutz sorgt. Aktiver Lärmschutz hat bei uns Vorrang vor Maßnahmen des passiven Schallschutzes.

Vorrangiges Ziel ist daher für uns die Durchsetzung von Lärmobergrenzen, womit wir eine Entkopplung von Flugbewegungen und Lärmbelastung erreichen wollen. Wir werden über die Frage, wie Lärmobergrenzen definiert werden ebenso wie über die Durchsetzungsinstrumente unverzüglich in Gespräche mit allen Beteiligten (Bürgerinitiativen, Kommunen, Airlines und Flughafen) gehen. Dabei müssen auch andere Lärmquellen mitberücksichtigt werden.

Wir halten an der strikten Einhaltung der Nachtruhe in der sog. Mediationsnacht von 23:00-05:00 Uhr fest. Für viele Menschen in der Region ist sie eine wirkliche Entlastung, die ohne das Mediationsergebnis nicht möglich wäre. Gleichzeitig sind viele Menschen neu und stark belastet. Deshalb müssen weitere schnellstmögliche Entlastungen durch ein wirkliches Anschwellen zwischen 5:00 und 6:00 Uhr sowie Abschwellen zwischen 22:00 und 23:00 Uhr, durch die schnellstmögliche Einführung lärmoptimierter An- und Abflugverfahren, durch belastungsärmere Flugroutenplanung sowie eine konzentrierte Nutzung des Bahnsystems (Lärmpausen) konsequent genutzt werden. Ausnahmegenehmigungen wollen wir strikt auf Notfälle beschränken.

Wir setzen uns auch weiterhin für ein abgestimmtes nationales und europäisches Flughafensystem ein, genauso wie für eine bundesdeutsche und europäische Lärmschutzgesetzgebung, die die Menschen am Tag und in der gesetzlichen Nacht (22.00h bis 6.00h) besser schützt. Dazu werden wir Initiativen im Bundesrat einbringen.

Wir werden ebenfalls im Bundesrat aktiv, um endlich den Lärmschutz auch im Luftverkehrsrecht zu verankern und um zukünftig sicher zu stellen, dass Bürgerinnen und Bürger bei der Planung von Flugrouten und An- und Abflugverfahren beteiligt werden. Alle Akteure der Luftverkehrswirtschaft müssen sich dem Thema Lärmschutz stärker stellen, dies gilt insbesondere auch für die Deutsche Flugsicherung.

Soziale Gerechtigkeit

Nur in einer solidarischen, gerechten Gesellschaft ist der soziale Frieden gewährleistet. Jede und jeder soll die gleiche Chance auf ein erfülltes Leben haben und die zentralen Freiheits- und Chancensprechen unserer Zeit nutzen können - unabhängig von Geburt, Geschlecht, sozialer Herkunft, Alter, Konstitution und Einkommen. Dazu benötigen wir einen aktiven und einen vorbeugenden Sozialstaat.

Inklusion ist der Leitbegriff unserer Sozialpolitik. Inklusion bedeutet, dass die durch Geburt, Geschlecht, soziale Herkunft, Alter, Konstitution und Besitz hervorgerufenen Unterschiede so ausgeglichen werden, dass jeder und jede die gleiche Chance auf ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben hat.

Wir wollen, dass Frauen und Männern sich in jeder Lebenssituation für Kinder entscheiden können. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird deshalb die Vereinbarkeit von Beruf und Familie konsequent fördern und dabei mit ihren Beschäftigten in der Landesverwaltung eine Vorbildfunktion übernehmen.

Wir werden ein flächendeckendes Angebot sozialer Arbeit in der Schule schaffen. Dadurch wird Schule zur ganzheitlichen Bildung erweitert, die Inklusive Schule gefördert und die Brücke zur außerschulischen Jugendarbeit als eigenständige Bildungssäule hergestellt. Die strukturelle Förderung der außerschulischen Jugendarbeit wollen wir nachhaltig sichern.

Immer mehr Menschen werden immer älter. Sie sollen in Hessen leben können, wo und wie sie wollen, in Selbstbestimmung und größtmöglicher Selbstständigkeit, durch eine entsprechende Wohn- und Versorgungsstruktur für Seniorinnen und Senioren. Viele Ältere sind fit und nehmen gleichberechtigt und aktiv am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teil. Sie sind eine wichtige Stütze des Zusammenlebens. Aber auch bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Unterstützungsbedarf gilt es, die Autonomie und die Selbstbestimmung von Seniorinnen und Senioren zu schützen.

Immer mehr Menschen wollen in ihrer Wohnung alt werden. Deshalb werden wir gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft Maßnahmen zur Anpassung von Wohnungen an die Bedürfnisse der älter werdenden Gesellschaft fördern. Älter werdende Menschen wollen so lange wie möglich in ihrer bisherigen Wohnung und in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Wir werden sie dabei unterstützen.

Wir werden die durch die „Operation düstere Zukunft“ von der CDU zerschlagene soziale Infrastruktur zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut und Armutsfolgen wieder aufbauen. Dazu werden wir ein Aktionsprogramm zur Armutsbekämpfung auflegen. Wir werden dazu insbesondere die Kinder- und Familienarmut und das dramatisch hohe Armutsrisiko von Alleinerziehenden und Rentnerinnen sowie armutsbedingte Obdachlosigkeit bekämpfen.

Wir werden dazu ein Sozialbudget einrichten. Auf der Grundlage der Ergebnisse der sozialpolitischen Kommission für Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung werden wir gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Sozialpartnern und Betroffenenvertretungen gemeinsam ein neues soziales Netz für Hessen stricken. Dazu gehören die Neuordnung und Unterstützung von Gemeinwesenarbeit und Armutsbekämpfung, Schuldnerberatung, Obdachlosenhilfe und Hilfe für Haftentlassene, Lokale Beschäftigungsinitiativen und Jugendberufshilfe, Frauenhäuser, Frauennotrufe und Frauen in besonderen Lebenslagen, Projekte gegen Gewalt an Kindern und Notruftelefone, Mädchenarbeit und Jungenarbeit, Mütterzentren und Erziehungsberatung, Suchthilfe, Sozial-Psychiatrische Dienste, Psychiatrieerfahrene und Angehörige, und alle Formen der Ermächtigung und Hilfe zur Selbsthilfe durch Selbsthilfearbeit und vieles mehr.

Wir wollen eine emanzipative Frauenpolitik, die in allen gesellschaftlichen Bereichen für Geschlechtergerechtigkeit sorgt. Die Frauenperspektive muss in allen Politikbereichen eingebracht werden und erkennbar sein.

Wir fördern eine emanzipatorische Jugendarbeit für Mädchen, weil zur Persönlichkeitsentwicklung junger Frauen geschützte Räume notwendig sind, und fördern eine Jungenarbeit, die frühzeitig überkommene Geschlechterklischees aufbricht.

Wir wollen den Wiedereinstieg in den Beruf nach Pflege- oder Erziehungsphasen erleichtern. Die berufliche Förderung von Frauen in ländlichen Regionen unterstützen wir. Wir helfen Frauen mit Behinderung, indem wir die Schaffung von barrierefreien Arbeitsplätzen unterstützen. Und wir erarbeiten ein Integrationsprogramm, das die speziellen Lebenslagen von zugewanderten Frauen und Mädchen berücksichtigt und sie durch Sprach- und Integrationskurse unterstützt. Frauenbildungsprojekte und Frauennetzwerke fördern wir auf verlässlicher Basis.

Wir wollen, dass bei der Besetzung von allen Gremien Frauen entsprechend repräsentiert sind. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Einführung gesetzlicher Frauenquoten in Aufsichtsräten und Vorständen ein. Zur Erhöhung des Frauenanteils in

Kommunalparlamenten wollen wir Möglichkeiten zur Einführung von Frauenquoten im Kommunalwahlgesetz überprüfen.

Kommunales

Die kommunale Ebene ist das Herzstück der Demokratie. Wir werden den Kommunen wieder eine solide finanzielle Ausstattung garantieren. Das in der Verfassung verankerte Konexitätsprinzip – wer eine Leistung bestellt, muss sie auch bezahlen – wird unter unserer Verantwortung endlich Beachtung finden. Weitere Aufgabenübertragung und Standarderhöhung ohne finanziellen Ausgleich wird es unter sozialdemokratischer Führung nicht geben. Wir müssen die Kommunen wieder handlungsfähig machen.

Bezahlbar Wohnen

Nach der Föderalismusreform liegt die alleinige Verantwortung für die Wohnraumversorgung beim Land Hessen. Deshalb werden wir ein Wohnraumfördergesetz vorlegen, das folgenden Kriterien gerecht wird:

- Ausbau öffentlicher Wohnbauförderung,
- Ausbau des sozialen Wohnungsneubaus und dementsprechend höhere Mittelzuweisung an die Kommunen,
- staatliche Förderung alternativer Wohnkonzepte wie beispielsweise „Wohnen für Hilfe“, Mehrgenerationenhäuser,
- verpflichtende Evaluationen von Förderprogrammen und -projekten, und Sicherung von Mindeststandards zur Barrierefreiheit
- Nachhaltige energetische Qualifizierung von Wohnraum bei Neu- und Umbauten und
- Kooperation von Kommunen mit Energieversorgern.

Die Kündigungssperrfrist nach Umwandlung einer Miet- in eine Eigentumswohnung darf nicht dadurch unterlaufen werden, dass die Vermieterinnen und Vermieter aus „sonstigem berechtigtem Interesse“ kündigen. Wir werden uns über den Bundesrat dafür einsetzen, dass diese Lücke geschlossen wird. Wir wollen, dass für Gebiete mit gefährdeter Wohnraumversorgung wieder die 10jährige Kündigungssperrfrist eingeführt wird.

Wir werden den Kommunen bei der kleinräumigen Erstellung von Stadtteil- und Quartierskonzepten Hilfestellung geben, um die Gestaltung von Wohnquartieren zu erreichen. Wir setzen uns für den Fortbestand des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ ein. Das Programm „soziale Stadt“ soll zum Leitprogramm für alle Städtebauförderprogramme werden. Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf müssen auch in Zukunft gezielt gefördert werden, um die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern und weitere Negativentwicklungen aufzuhalten.

Mehr Integration für Hessen

Integration ist eine Aufgabe, die sich nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund stellt – alle Menschen sehen sich vor der Aufgabe, einen eigenen Platz in unserer Gesellschaft zu finden.

Bezogen auf Migration ist Integration die Verständigung und der Interessenausgleich zwischen lang ansässiger Bevölkerung und den in sich wiederum sehr unterschiedlichen Gruppen von Zuwanderern über die Grundlagen, Formen und Regeln des Zusammenlebens. Ihre Grundlagen sind Gleichberechtigung, Toleranz, gegenseitiger Respekt und die Anerkennung von eigenständiger kultureller Identität und Diversität.

Erziehung und Bildung ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass späterer Bildungsmisserfolg vermieden werden und jedes Kind seine Begabungen und

Neigungen voll entfalten kann. Wir unterstützen deshalb den verstärkten und möglichst frühen Besuch von Kindern mit Migrationshintergrund in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung.

Wir werden interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit zu einem Schwerpunkt der Lehrer- und Erzieheraus- und -fortbildung machen und Anstrengungen unternehmen, um mehr Lehr- und Erziehungskräfte mit Migrationshintergrund zu gewinnen.

Eine weitere zentrale Aufgabe unserer Integrationspolitik ist die gezielte Förderung von Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Migrantenfamilien. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei dem erfolgreichen Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung.

Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss für die dringend benötigten Personen erleichtert werden, die ihre Berufsabschlüsse im Ausland erworben haben und nun in Deutschland arbeiten wollen.

Wir setzen uns mit Nachdruck für eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung ein.

Gleichberechtigung setzt politische Teilhabe voraus, durch politische Teilhabe wird Gleichberechtigung realisiert. Wir wollen das kommunale Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen einführen und die Ungleichbehandlung zwischen EU-Bürgerinnen und -Bürger und den Menschen aus Nicht-EU Staaten beenden.

Außerdem setzen wir uns für eine Erweiterung der Rechte der Ausländerbeiräte in der Hessischen Gemeindeordnung ein. Solange es strukturelle Benachteiligungen und akute Diskriminierungen von Ausländerinnen und Ausländern gibt, sind die Beiräte eine Notwendigkeit und ein Element von praktischer politischer Teilhabe.

L 2

Kinder in den Kindertagesstätten optimal fördern - KiFög zurücknehmen

Mit der Verabschiedung des so genannten Kinderförderungsgesetzes (Kifög) hat die Hessische Landesregierung die Weichen gestellt für eine Verschlechterung der Qualität der frühkindlichen Bildung in Hessen.

Eine stärkere finanzielle Beteiligung des Landes am Betrieb und am Ausbau der Kinderbetreuung wird lediglich vorgetäuscht. In Wirklichkeit nimmt das Land nur 70 Millionen Euro in 2013 zusätzlich in die Hand. Mit jährlich 117,5 Millionen Euro an die Kommunen und Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen erstattet die Landesregierung bis 2018 lediglich den finanziellen Mehrbedarf aus der Mindestverordnung, zu dessen Erstattung das Land durch das Urteil des Staatsgerichtshofs im Rahmen der Konnexität verpflichtet wurde.

Damit wird die Landesregierung der Aufgabe nicht gerecht, den Ausbau eines qualitativ hochwertigen und am Bedarf ausgerichteten Betreuungsangebots zu fördern. Das Kinderförderungsgesetz wird dafür sorgen, dass notwendige zusätzliche Platzkapazitäten von den Trägern nicht eingerichtet werden können und gleichzeitig die Betreuungsstandards abgesenkt werden. Unter dem Mäntelchen von mehr Flexibilität und Orientierung am einzelnen Kind werden die Regelungen des KiFög zu erheblichen Verschlechterungen nicht nur für die Kinder und ihre Familien sondern auch für das Fachpersonal in den Betreuungseinrichtungen führen.

Größere Gruppen - durch die Umstellung der gruppenbezogenen auf eine platzbezogene Förderung werden zu einem festen Stichtag die Zuschüsse nur für die tatsächlich angemeldeten Kinder berechnet. Die maximale Förderung erhalten die Einrich-

tungen dann, wenn die Gruppen voll sind, in den Kitas mit bis zu 25 Kindern, bei den unter Dreijährigen je nach Alterszusammensetzung mit bis zu 16 Kindern.

Erschwerte finanzielle Planbarkeit – durch die an die Zahl der Kinder gekoppelte Landesförderung können Träger und Kommunen keine verlässliche Personalplanung vornehmen. Sind in einem Jahr weniger Kinder angemeldet, sinkt auch die Förder-summe. Befristete Arbeitsverträge und unsichere Arbeitsbedingungen für das Fachpersonal können die Folge sein.

Erzieher/innentätigkeit wird abgewertet –künftig können bis zu 20 Prozent nicht pädagogisch ausgebildete Kräfte in den Kindergruppen eingesetzt werden. Die Arbeit mit den Kindern wird in ihrer Qualität gemindert. Gleichzeitig sorgt diese Regelung dafür, dass die angestrebte Aufwertung des Berufsbildes verhindert wird und die pädagogische Arbeit entprofessionalisiert wird.

Mangelhafte Förderung von Kindern mit Förderbedarf –die Pauschalen von Kindern mit Behinderungen, Sprachproblemen oder Migrationshintergrund sind zu niedrig und lassen keine adäquate Förderung zu. Die gesetzlichen Regelungen fallen weit hinter die ‚Rahmenvereinbarung Integrationsplatz‘ zurück, deren Neuabschluss noch aussteht.

Kein Ausbau von Familienzentren – keine Förderung für die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans – die Entwicklung von Familienzentren bleibt im Modellversuch und wird durch das KiFög nicht vorangetrieben. Die notwendige Unterstützung der Betreuungseinrichtungen bei der Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans bleibt weiter aus.

Längere Öffnungszeiten werden erschwert –durch die Anrechnung von Mittelwerten für die Dauer der Betreuung werden längere Betreuungszeiten nicht höher gefördert als kürzere. So wird z.B. der Mittelwert 22,5 für die Betreuungszeit berechnet, gleichgültig, ob das Kind 18 oder 25 Stunden betreut wird. Träger werden durch diese Berechnung unter Druck gesetzt, Betreuungszeiten nach finanziellen Gesichtspunkten zu staffeln statt sie an die Bedarfe der Eltern anzupassen.

Das KiFög vermindert die Qualität der Kinderbetreuung in Hessen.

Deshalb wird die Hessische SPD das KiFög nach einer Regierungsbildung zurücknehmen und durch eine Förderung des Landes ersetzen, die den Kommunen und Trägern ermöglicht, das Platzangebot für die unter Dreijährigen auszubauen, Familien besser zu unterstützen und die individuelle Förderung aller Kinder zu verbessern.

I L 1

Konsequent gegen Nazis! Das Lumdatal bleibt bunt!

Seit Anfang der Woche ruft die NPD mit ihrer Jugendorganisation zu Kundgebungen in Allendorf/Lumda und Grünberg am morgigen Samstag auf.

Dankenswerterweise ruft das Bündnis für Demokratie und Toleranz, das sich aus entschlossenen Bürgerinnen und Bürgern gebildet hat, zu einer Gegendemo auf.

Diesem Engagement gebührt unser Respekt, unsere Hochachtung und Solidarität. Wir rufen alle Genossinnen und Genossen, Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme auf.

Keine Nazis! Nicht in Allendorf! Nirgendwo!

Übersicht über die Behandlung der Anträge

Antragsgruppe A

Organisation – Parteien – Verbände

A 1	Rechenschaftspflicht der Bundestags- und Landtagsabgeordneten	Annahme
A 2	Unvereinbarkeit mit der Deutschen Burschenschaft	Annahme
A 3	Verbindliche Urwahl der/des Kanzlerkandidaten/in	Annahme in geänderter Fassung
A 4	Abschaffung des Juso Mitgliedsbeitrages	Ablehnung
A 5	Zusätzliche Bezirksumlage	Ablehnung
A 6	Veranstaltungskonzept	Annahme in geänderter Fassung
A 7	Barrierefreie Internetseiten	Annahme in geänderter Fassung
A 8	Die Internationale aufleben lassen!	Nichtbefassung
A 9	Lebenslanges lernen: Medienkompetenz	Annahme in geänderter Fassung
A 10	Politische Teilhabe der älteren Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen	Annahme

Antragsgruppe B

Wirtschaft – Finanzen – Verkehr – Energie – Umwelt – Landwirtschaft

B 1	Gerechtigkeit statt Steuerhinterziehung	Annahme
B 2	Steuerdumping in Europa beenden – den Sozialstaat schützen	Erledigt durch B 1
B 3	Einführung eines dreistufigen Mehrwertsteuersatzes	Ablehnung
B 4	Ermäßigter MwSt-Satz für Getränke – Jetzt!	Ablehnung

B 5	Umbau des Solidarpaktes II zu einem gesamtdeutschen „Solidarpakt Demografie“ nach 2019	Überweisung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd mit der Maßgabe im Rahmen der Kongressreihe „Neue Zeiten denken“ eine Veranstaltung zur Weiterentwicklung des Solidarpaktes II durchzuführen
B 6	Gute Arbeit, Gute Rente, Verteilungsgerechtigkeit – Wo SPD drauf steht muss auch SPD drin sein!	Erledigt durch Bundestagswahlprogramm 2013
B 7	Mindestlohn an Realität anpassen – 9,50 Euro mindestens!	Erledigt durch Beschlusslage
B 8	Gleiche Arbeit – gleicher Lohn	Erledigt durch Beschlusslage
B 9	Minijobs: Niedriglohnfalle und Rentenrisiko für Frauen	Annahme
B 10	Keine unternehmenseigene Leih- und Zeitarbeitsfirmen. Wer Bedarf hat, muss einstellen!	Annahme in geänderter Fassung
B 11	Werkvertragsarbeit endlich regulieren	Erledigt durch Bundestagswahlprogramm 2013
B 12	Gesetzliche Mindestvergütung für Auszubildende	Annahme
B 13	Gesetzliche Mindestvergütung für Auszubildende	Erledigt durch B 12
B 14	Kirchliches Arbeitsrecht	Erledigt durch Bundestagswahlprogramm 2013
B 15	SPD gegen Privatisierung der Wasserversorgung	Annahme in geänderter Fassung
B 16	Keine Privatisierung der Wasserversorgung	Erledigt durch B 15
B 17	Trennung von Betrieb und Netz bei der Eisenbahn	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion
B 18	Regionaltangente West und die Straßenbahnanbindung nach Dreieich muss kommen	Nichtbefassung

Antragsgruppe C

Sozialpolitik

C 1	Zukunft der Alterssicherung	Erledigt durch Parteikonventsbeschluss vom 16.6.2012 und Bundestagswahlprogramm 2013
C 2	Arbeit im Alter	Erledigt durch Parteikonventsbeschluss vom 16.6.2012 und Bundestagswahlprogramm 2013
C 3	Gezielte und deutliche Anhebung der gesetzlichen Erwerbsminderungsrente	Erledigt durch Bundestagswahlprogramm 2013
C 4	Keine staatliche Förderung der Riester- und Rüruprente	Überweisung an den AK Soziales des SPD-Bezirksvorstands Hessen-Süd
C 5	Keine Ökonomisierung der Patienten im Gesundheitswesen	Annahme
C 6	Finanzielle Ausstattung und finanzielle Sicherheit der gesetzlichen Krankenversicherung	Erledigt durch Bundestagswahlprogramm 2013
C 7	Bezahlbare Krankenversicherung auch für Geringverdiener	Überweisung als Material an die SPD-Bundestagsfraktion
C 8	Leistungen der Pflegeversicherung müssen verbessert werden	Erledigt durch Konzept der SPD-Bundestagsfraktion zur Verbesserung der Pflegeversicherung
C 9	Auch ältere Menschen müssen realen Anspruch auf Rehabilitationsmaßnahmen haben	Überweisung an den AK Soziales des SPD-Bezirksvorstands Hessen-Süd
C 10	20 Jahre Tafeln in Deutschland – 7 Jahre Tafel in Erbach/Michelstadt sind genug – Armut darf sich nicht weiter etablieren sondern muss abgeschafft werden!	Zurücküberweisung an den Antragsteller
C 11	Ein Armutszeugnis für die Schwarz-Gelbe-Bundesregierung	Annahme in geänderter Fassung

Antragsgruppe D

Bildungspolitik

D 1	Angemessene Vergütung für Medizin-Studierende im Praktischen Jahr	Annahme
D 2	Abschaffung des qualifizierenden Realschulabschlusses	Annahme
D 3	Plurale Ökonomik	Annahme in geänderter Fassung

Antragsgruppe E
Innenpolitik, Rechtspolitik –
Kommunalpolitik

E 1	Entzug der Staatsbürgerschaft stoppen – Gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen	Erledigt durch Bundestagswahlprogramm 2013
E 2	Reform der Hessischen Verfassung	Überweisung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd mit der Maßgabe eine Fachkonferenz diesbezüglich durchzuführen
E 3	Forderungen der SPD Hessen-Süd zur Überprüfung des Systems der parlamentarischen Kontrolle des Landesamtes für Verfassungsschutz	Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion
E 4	Volles Adoptionsrecht für Lebenspartner	Erledigt durch praktisches Handeln der SPD-Bundestagsfraktion und Bundestagswahlprogramm 2013
E 5	Einführung eines Transparenzgesetzes in Hessen	Annahme
E 6	Änderung der Wahlgesetze zugunsten einer Bestimmung der Kandidaten/innen durch Urwahl aller Parteimitglieder	Annahme
E 7	Zur Abschaffung der Winterzeit – keine Zeitumstellung	Annahme
E 8	Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle gegen polizeiliches Fehlverhalten	Annahme
E 9	Keine Diskriminierung vor Diskotheken!	Nichtbefassung
E10	Verankerung der Studiengebührenfreiheit in der Hessischen Verfassung	Überweisung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd mit der Maßgabe eine Fachkonferenz diesbezüglich durchzuführen

Antragsgruppe L

Landespolitik

L 1	Stillstand auf hohem Niveau	Annahme in geänderter Fassung
L 2	Kinder in den Kindertagesstätten optimal fördern – KiFög zurücknehmen	Annahme
L 3	§ 28 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches; Kostenausgleich	Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion
L 4	Entwicklung bedarfsgerechter kommunaler Altenpolitik durch quartiersnahe Konzepte für ein gutes Alter	Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion
L 5	Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe	Erledigt durch Landtagswahlprogramm 2013
L 6	Verteidigung der Öffentlichen Daseinsvorsorge und Bildung gegen Spardiktat und Schuldenbremse	Erledigt durch Landtagswahlprogramm 2013
I L 1	Konsequent gegen Nazis! Das Lumdatal bleibt bunt!	Annahme in geänderter Fassung

Wahlergebnisse

Der Parteitag hat wie folgt gewählt:

Bezirksvorstand (20)

Bezirksvorsitzender

Gernot Grumbach	Ja	142
	Nein	43
	Enthaltungen	2

Stellvertretende Vorsitzende

Christine Lambrecht	128
Michael Siebel	160

Schatzmeister

Patrick Koch	Ja	160
	Nein	21
	Enthaltungen	7

Beisitzerinnen / Beisitzer

1. Wahlgang

Heike Habermann	125
Ansgar Dittmar	116
Dagmar Schmidt	116
Lisa Gnadl	110
Turgut Yüksel	109
Umut Sömnez	107
Kerstin Geis	106
Sascha Raabe	99
Nancy Faeser	98
Matthias Körner	98
Gerold Reichenbach	97
Petra Fuhrmann	93

2. Wahlgang

Heike Hofmann	140
Ulrike Alex	135
André Kawai	115
Raoul Giebenhain	114

Revisoren (3)

Friedrich Keller	175
Rudi Sölch	177
Dagmar Wucherpfennig	177

Parteikonvent (15)

Christine Lambrecht	122
Gernot Grumbach	121
Dagmar Schmidt	121
Kerstin Geis	118
Jörg Jordan	118
Nancy Faeser	106
Petra Fuhrmann	106
Dennis Volk-Borowski	105
Hanno Benz	97
Oliver Grobeis	90
Kaweh Mansoori	85
Ulli Nissen	85
Tobias Gniza	77
Martin Rabanus	77
Jens Zimmermann	71

Delegierte zu den Bundesparteitag

	1. Wahlgang	2. Wahlgang
Amann, Gregor	138	
Auer, Inge	129	
Bastian, Swen	145	
Benz, Hanno		64
Bullmann, Udo		133
Costanzo, Vivien	138	
Dittmar, Ansgar		101
Eckert, Tobias	153	
Faeser, Nancy	159	
Gasper, Jürgen		65
Gnagl, Lisa	164	
Gniza, Tobias		68
Grobeis, Oliver	133	
Grüger, Stephan	144	
Hoffmann, Annabelle	147	
Josef, Mike	144	
Karademir, Hidir		77
Kavai, André	149	
Koch, Patrick		60
Köllner, Martina		58
Lambrecht, Christine	155	
Langwasser, Lisa		59
Laudenschläger, Nadeschda	133	
Ludwig, Alexander	122	
Lux, Stefan	126	
Mansoori, Kaweh	150	
Müller, Carsten	140	
Nissen, Ulli		85
Pfaff, Karlheinz		79
Pipa, Erich	143	
Polat, Murat		65
Rabanus, Martin	157	
Reichenbach, Gerold	148	
Rottloff, Simon		66
Schabedoth, Hans-Joachim	134	

Schmidt, Dagmar	161	
Schmitt, Norbert	151	
Schwenke, Felix	128	
Simmler, Susanne	140	
Volk-Borowski, Dennis	151	
Wieczorek-Zeul, Heidemarie		119
Ypsilanti, Andrea	159	
Zapf, Uta		94
Zimmermann, Jens	143	
Zypries, Brigitte	160	

Ersatzdelegierte

Yüksel, Turgut	58
Stang, Gisela	55
Wingerter, Sven	55
Albers, Burkhard	51
Degen, Christoph	46
Habekost, Oliver	45
Gnagl, Rolf	41
Giebenhain, Raoul	35
Paris, Michael	32
Geier, Catrin	30
Reuter, Michael	30
Körner, Gerd	29
Disser, Ruth	25
Fleckenstein, Jensen	25
Kaffenberger, Bijan	25
Krug, Patrick	25
Merker, Matti	22
Podstatny, Roger	20
Polster, Harald	20
Herget, Marie-Christine	18
Suppes, Stefan	17
Giar, Johannes	16
Rompf, Peter	16
Müller-Puhmann, Michael	15

Schäfer, Erika	15
Tschierschke, Holger	15
Hautzel, Judith	14
Rupp, Jörg	14
Spiegelberg, Christian	13
Juhnke, Heinz	12
Abbé, Marco	11
Geiger, Rolf	10
Kötschau, Stephanie	10
Schmöker, Tim	10
Ninsa, Wolfgang	9
Dersch, Alfred	8
Seewald, Ilja-Kristin	8
Straub, Thomas	8
Etzold, Heiner	6
Pauli, Thomas	4
Sommer, André	3